

## ERKLÄRUNG

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die sich den innen- und außenpolitischen Herausforderungen stellt und den Bürgern Mitwirkung auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens ermöglicht. Dazu gehört, daß unterschiedliche politische Haltungen geäußert, ausgehalten und politisch wirksam werden können. Wahlen sind ein wesentlicher Ausdruck des Demokratieverständnisses einer Gesellschaft. Im Gegensatz zu o.g. Zielen stellen wir fest:

- Das Wahlgesetz der DDR sieht keine Entscheidungen zwischen Kandidaten mit unterschiedlichen politischen Konzeptionen vor. Dem Wähler ist einzig die Möglichkeit gegeben, den Kandidaten der Einheitsliste sein Vertrauen auszusprechen bzw. gegen sie zu stimmen. Selbst diese eingeschränkte Wahlmöglichkeit ist in der Praxis nicht vorgesehen: Weder die Stimmzettel sehen eine solche Möglichkeit vor, noch wird der Wähler über verschiedene Möglichkeiten seines Wahlverhaltens aufgeklärt. Die Benutzung der Wahlkabinen ist nicht obligatorisch, so daß sich bei jedem Wähler, der sie benutzt, nahelegt, daß er gegen die Kandidaten stimmt. Dieses Wahlverfahren hat zur Folge, daß eine große Zahl von Bürgern ohne innere Überzeugung halbherzige Loyalitätserklärungen abgibt.
- Die Versuche vieler einzelner und Gruppen, sich aktiv in die Vorbereitung der Wahlen einzubringen, zeigen enttäuschende Ergebnisse: Versuche von Gruppen, eigene Kandidaten aufzustellen, oder zu unterstützen, wurden blockiert, Bemühungen, Anliegen auf öffentlichen Veranstaltungen einzubringen, behindert. Zahlreichen Bürgern wurde der Zutritt zu angeblich öffentlichen Veranstaltungen zu Wahl verwehrt. Wir wissen von vielen vergleichbaren Erfahrungen auch außerhalb von Wahlen: Bürger dieses Landes, die ihre kritischen Anfragen an politische Entscheidungen in der DDR offen stellen, werden verdächtigt, ausgegrenzt oder bedroht. Die Wahlen in der DDR sehen wir vor diesen Hintergrund nicht als die Ursache, sondern als ein Symptom politischer Mißstände.
- Die Ergebnisse der Wahlen in der DDR dienen dazu, die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern und ein Einverständnis innerhalb der Bevölkerung mit der Politik der DDR - Regierung vorzutäuschen, das immer weniger gegeben ist. Die Offenlegung tatsächlich vorhandener Meinungs- und Mehrheitsverhältnisse bedeutet eine notwendige Voraussetzung für den breiten innergesellschaftlichen Dialog, den wir anstreben.

Aus diesen Gründen erklären wir, daß wir an den Kommunalwahlen am 7.5.89 nicht teilnehmen werden.

Uns ist bewußt, daß ein Bekanntmachen des beabsichtigten Wahlverhaltens vor den Wahlen nicht mit dem Prinzip geheimer und freier Wahlen vereinbar ist. Dadurch, daß von geheimen und freien Wahlen in der DDR nach unserer Auffassung keine Rede sein kann, fühlen wir uns an eine Zurückhaltung dieser Art nicht gebunden, und dies umso mehr, als die Zeitungen der DDR voll von öffentlichen Bekundungen des beabsichtigten Wahlverhaltens vieler Bürger sind.

Britta Albrecht, AKSK (Arbeitskreis Solidarische Kirche) Berlin  
Hannah Althausen, Berlin  
Werner Beerbaum, Berlin  
Paul-Gerhard Beutel, Berlin  
Anna Birthler, AKSK Berlin  
Marianne Birthler, AKSK Berlin  
Till Böttcher, Umweltbibliothek Berlin  
Norbert Brenning, Berlin  
Johannes Düben, Berlin  
Werner Fischer, IFM (Initiative Frieden und Menschenrechte) Berlin  
Dittmar Frede, Friedenskreis Weissensee  
Michael Frenzel, Freundeskreis WTV (Wehrdienst-Totalverweigerer) Berlin  
Michael Glaß, Berlin  
Peter Grimm, IFM Berlin  
Dorothea Höck, AKSK Berlin, IFM  
Annett Kittlas, Berlin  
Thomas Kittlas, Freundeskreis WTV Berlin  
Klaus Kupler, Berlin  
Uwe Lehmann, AKSK Berlin  
Marco Löffler, Berlin  
Gisbert Mangliers, Berlin  
Hans Misselwitz, Berlin  
Ruth Misselwitz, Berlin  
Olaf Möller, Friedenskreis Erlöser, Berlin  
Tobias Olschewski, AKSK Berlin  
Werner Pethge, Arche-Projektgruppe Sozial-Ökol.Partnerschaft  
Frank Pfeifer, Friedenskreis Weissensee  
Gerd Poppe, IFM Berlin  
Ulrike Poppe, IFM Berlin  
Loren Postler, Berlin  
Klaus Rahn, AKSK Berlin  
Tobias Rösch, Berlin  
Andrea Schatta, Berlin  
Mario Schatta, Berlin  
Siegbert Schefke, UB Berlin  
Hans-Peter Schneider, Berlin  
Andreas Schulz, Berlin  
Gunter Seifert, Friedenskreis Weissensee  
Ralph Skrces, Friedenskreis Weissensee  
Evi Tomaske, Berlin  
Matthias Tomaske, Berlin  
Renate Vollmer, Berlin  
Susanne Vollmer, Berlin  
Reinhard Weißhuhn, IFM Berlin  
Dörthe Wernick, AKSK Potsdam  
Werner Widrat, Berlin  
Harald Zientek, Friedenskreis Erlöser, Berlin  
Evelyn Zupke, Friedenskreis Weissensee

15. April 1989